

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jutta Braband und der Gruppe
der PDS/Linke Liste**
— Drucksache 12/1149 —

**Vorbereitung der VN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992
in Rio de Janeiro**

Pressemeldungen zufolge droht die rechtzeitige Erarbeitung der Konventionen zum Schutz des Klimas, der Wälder und der biologischen Arten zu scheitern. Die Verabschiedung einer Klimaschutzkonvention mit einer völkerrechtlich verbindlichen Verpflichtung zur Reduzierung der Schadstoffemissionen in die Atmosphäre scheint aufgrund des Widerstandes der USA schon im Vorfeld aussichtslos.

Die im nationalen Komitee mitarbeitenden Umweltverbände beklagen mangelnde Transparenz der Entscheidungen sowie mangelnde Beteiligung, obwohl die VN-Vollversammlung sich ausdrücklich für eine intensive Mitarbeit der Non-Government-Organisationen (NGO) auf allen Ebenen ausgesprochen hat.

Vorbemerkung

- I. Die Bundesregierung mißt der im Juni 1992 in Rio de Janeiro stattfindenden VN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung („United Nations Conference on Environment and Development“ – UNCED) große Bedeutung zu. Die internationale Staatengemeinschaft wird auf der Konferenz die Weichen stellen für die künftige Umweltpolitik und ihre Integration in die Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik. Die Konferenz soll Ausgangspunkt einer vertieften internationalen Partnerschaft insbesondere zwischen Industrie- und Entwicklungsländern werden.
- II. Die internationalen Vorbereitungen laufen in drei verschiedenen internationalen Gremien. Mit der eigentlichen Konferenzvorbereitung ist der UNCED-Vorbereitungsausschuß („Prepa-

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Bernd Schmidbauer, vom 8. Oktober 1991 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

ratory Committee" – PrepCom) betraut. Die Verhandlungen über die Klimakonvention und über die Konvention zum Schutz der Artenvielfalt werden zwischen den VN-Mitgliedstaaten in separaten zwischenstaatlichen Verhandlungsausschüssen („Intergovernmental Negotiating Committees" – INC) unter Beteiligung einer Vielzahl von internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen geführt.

Die Verhandlungen sind schwierig; in allen Vorbereitungsgremien sind jedoch auch Fortschritte zu verzeichnen. Dabei ist zum einen zu berücksichtigen, daß das Themenspektrum der Konferenz äußerst umfangreich ist. Zum anderen sind weit mehr als hundert Staaten unterschiedlichsten Entwicklungsstands und verschiedenster Interessenlagen beteiligt. Auch werden Entscheidungen in diesen Gremien in der Regel im Konsens getroffen.

Trotz großen Engagements der teilnehmenden Staaten und beträchtlicher Kompromißbereitschaft sind noch große Schwierigkeiten zu überwinden, um bis Juni 1992 die gewünschten Ergebnisse zu erreichen.

Die Bundesregierung hat von Beginn an in den Verhandlungen folgende völkerrechtlich verbindlichen Vereinbarungen für UNCED 1992 gefordert:

- eine Weltklimakonvention, möglichst mit ersten Durchführungsprotokollen, mit Verpflichtungen zur Begrenzung und Reduzierung von klimarelevanten Emissionen, insbesondere CO₂, sowie zum Schutz und zur Vermehrung von Wäldern in ihrer Funktion als CO₂-Speicher und -Senken sowie
- eine Konvention zum Schutz der Artenvielfalt.

Außerdem soll als Vorstufe einer globalen Waldkonvention eine Erklärung mit Grundsätzen zum Schutz, zur Bewirtschaftung und Erhaltung der Wälder aller Klimazonen verabschiedet werden.

Ferner soll die Konferenz ein Aktionsprogramm „Agenda 21" verabschieden, in dem zu allen Themen der Konferenz prioritäre Aufgaben sowie Strategie- und Maßnahmenkonzepte zu ihrer Umsetzung festgelegt werden sollen. Hier gilt es, ehrgeizige, aber auch tatsächlich erreichbare Ziele und Aufgaben zu definieren.

III. Die Vorbereitung der Konferenz erfolgt national und international unter Einbeziehung aller relevanten gesellschaftlichen Gruppierungen.

Nachdem die VN-Generalversammlung am 17. Dezember 1990 die Empfehlung ausgesprochen hatte, nationale Komitees zur Einbeziehung des Sachverständigen aller relevanten gesellschaftlichen Gruppierungen einzurichten, hat Bundeskanzler Helmut Kohl Anfang Mai 1991 das „Nationale Komitee zur Vorbereitung der VN-Konferenz Umwelt und Entwicklung" berufen. Zuvor hatte das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit diese Gruppierungen bereits über den internationalen Fachausschuß der

Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen (AGU e.V.) in die Konferenzvorbereitung einbezogen.

Das Nationale Komitee hat in konstituierender Sitzung am 5. Juni 1991 getagt. Vorsitzender ist der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Klaus Töpfer, der stellvertretende Vorsitz wird vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Hans-Peter Repnik, wahrgenommen. Dem Komitee gehören 35 Persönlichkeiten aus den Bereichen Umwelt und Entwicklung, Wissenschaft und Forschung, Industrie und Handel, Gewerkschaften, Kirchen, Landwirtschaft, Frauen, Jugend, Parlament sowie den Ländern und Kommunen an. Das Komitee hat zur Erfüllung seiner Aufgaben einen Exekutivausschuß eingesetzt. Die Zusammensetzung beider Gremien ergibt sich aus der Anlage.

Das Nationale Komitee nimmt umfassende Aufgaben wahr, indem es

- durch die Erarbeitung von Vorschlägen und Stellungnahmen zu den Themen der Konferenz die Bundesregierung bei der Entwicklung ihrer Verhandlungspositionen für die Konferenz und deren Vorbereitungsprozeß berät und unterstützt,
- an der Erstellung des Nationalen Berichts mitwirkt, den die Bundesrepublik Deutschland im Vorbereitungsprozeß der Konferenz vorlegen wird und
- zur Information der Bevölkerung über Inhalt und Bedeutung der Konferenz und der auf der Konferenz zu diskutierenden Themen beiträgt.

Komitee und Ausschuß werden die VN-Dokumente sowie die deutschen und die EG-Stellungnahmen zur Verfügung gestellt. In den Sitzungen wird seitens der Bundesregierung über den jeweiligen Verhandlungsstand ausführlich berichtet. Alle Themen der Konferenz werden eingehend erörtert.

1991 tritt das Nationale Komitee zu drei, der Exekutivausschuß zu sechs Sitzungen zusammen; für 1992 sind weitere Sitzungen vorgesehen.

Mit der Einrichtung eines alle relevanten gesellschaftlichen Gruppierungen einbeziehenden nationalen UNCED-Komitees gehört die Bundesrepublik Deutschland zu den wenigen Teilnehmerstaaten der Konferenz, die Nichtregierungsorganisationen umfassend und in einem institutionalisierten Verfahren an der nationalen Konferenzvorbereitung beteiligen.

Darüber hinaus unterstützt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit mit nahezu 800 000 DM ein gemeinsam vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) und dem Deutschen Naturschutzring Bundesverband für Umweltschutz e.V. (DNR) durchgeführtes Projekt, mit dem die Beteiligung der deutschen Umweltschutzgruppierungen am nationalen und internationalen Vorbereitungsprozeß der Konferenz und der Konferenz selbst ermöglicht und koordiniert wird.

1. Trifft es zu, daß das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit trotz der Aufforderung der VN-Vollversammlung, die NGO mit Konsultativstatus bei der UNO und andere wichtige NGO auf allen Ebenen an der Vorbereitung der Konferenz zu beteiligen, erst mit einer mehr als halbjährigen Verzögerung ein nationales Vorbereitungskomitee eingerichtet hat? Wenn ja, wie erklärt sich die Bundesregierung diese Verzögerung?
2. Wie setzt sich das nationale Komitee zusammen (Organisationen und Namen deren Vertreter/Vertreterinnen)?
3. Wurden diese Organisationen durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitarbeit im nationalen Komitee eingeladen? Wenn ja, nach welchen Kriterien wurden diese Organisationen ausgewählt?
4. Welche finanziellen Mittel stellt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit welchen im nationalen Komitee mitarbeitenden NGO zur Verfügung? Welche Kalkulation liegt diesem Betrag zugrunde?
5. Wie erklärt sich die Bundesregierung die Praxis des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, die Organisationen des nationalen Komitees nicht an der Erstellung des offiziellen nationalen Reports zu beteiligen?

Siehe Nummer III der Vorbemerkung.

6. Hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit eigene Tagesordnungsvorschläge für die UNCED in das internationale Vorbereitungskomitee eingebracht? Wenn ja, welche?
10. Wie verhält sich das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gegenüber der Forderung der NGO, die Tagesordnung der UNCED zu erweitern um Punkte, wie die Problematik der Integration von Entwicklung und Umwelt, die Verantwortung der Industrienationen in ihrer Außenwirtschaft (etwa durch das Unterlaufen umweltpolitischer Auflagen durch Großkonzerne), Fragen des internationalen Handels und der Rohstoffpreisentwicklung, die Problematik eines ökologischen Lastenausgleichs des Nordens für den Süden?

Die Bundesregierung hat zu allen Punkten des von der VN-Generalversammlung festgelegten Themenkatalogs der Konferenz ihre Position eingebracht. Sie hat darüber hinaus zusammen mit der UdSSR in Ergänzung der Tagesordnung eine Initiative zur weltweiten Ächtung von Umweltverbrechen ergriffen.

Die Themen Umwelt und Entwicklung sowie Umwelt und internationaler Handel/internationale Wirtschaftsbeziehungen sind bereits Gegenstand der Konferenz und ihrer Vorbereitung.

7. Hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit bei der Genfer Vorbereitungs-konferenz in der ersten Septemberwoche darauf hingewirkt, daß die angestrebten Abkommen völkerrechtlich verbindliche Verpflichtungen für die Unterzeichnerstaaten enthalten? Wenn ja, wie haben diese Bemühungen ausgesehen? Wenn nein, warum nicht?

Siehe Nummer II der Vorbemerkung.

8. Hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im internationalen Vorbereitungsgremium Stellung bezogen zur bisherigen Weigerung der USA, über eine Klimaschutzkonvention zu verhandeln, die völkerrechtlich verbindliche Verpflichtungen zur Reduzierung von Schadstoffemissionen in die Atmosphäre enthält?
9. Wie bewertet die Bundesregierung die Haltung der USA?

Die Bundesregierung hat stets nachdrücklich ihr Verhandlungsziel vertreten, daß bei der VN-Konferenz 1992 eine Klimakonvention gezeichnet werden soll, die völkerrechtlich verbindliche Verpflichtungen zur Begrenzung und Reduzierung der Emissionen von Treibhausgasen in die Atmosphäre enthält. Dieses Ziel wird insbesondere von der Europäischen Gemeinschaft und den EFTA-Staaten unterstützt. Andere Staaten, so auch die USA, streben demgegenüber nur eine Rahmenkonvention an und wollen verbindliche Regelungen zur Begrenzung und Reduzierung von klimarelevanten Spurengasen sowie zur Erhaltung und Verbesserung von Speichern und Senken in Verhandlungen über Protokolle erst nach dem Juni 1992 erörtern.

In den Verhandlungssitzungen sowie durch zahlreiche bi- und multilaterale Kontakte versucht die Bundesregierung, Positionen dieser Staaten im Sinne ihres Verhandlungsziels zu verändern, um so breite Unterstützung und Zustimmung für die 1992 zu zeichnende Klimakonvention mit völkerrechtlich verbindlichen Begrenzungs- und Reduzierungszielen zu erreichen.

**Nationales Komitee zur Vorbereitung
der VN-Konferenz Umwelt und Entwicklung**

Nationales Komitee:

Vorsitz: Prof. Dr. Klaus Töpfer
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Kennedyalle 5, 5300 Bonn 2
Telefon: 02 28/3 05-20 00 oder 20 01
Telefax: 02 28/3 05-32 25

Stellv. Vorsitz: Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Hans Peter Repnik
Karl-Marx-Straße 4, 5300 Bonn 1
Telefon: 02 28/5 35-1
Telefax: 02 28/5 35-202

Exekutivausschuß:

Vorsitz: Ministerialdirektor a. D. Egon Herfeldt
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Bernkasteler Straße 8, 5300 Bonn 2
Telefon: 02 28/3 05-33 00 oder 33 01
Telefax: 02 28/3 05-35 24

Mitglieder*I. Relevante gesellschaftliche Gruppierungen*

Umwelt

Nationales Komitee	Exekutivausschuß
Klaus Dürkopp Präsident des Naturschutzbundes Deutschland	Dr. Hans-Christian Mittag Naturschutzbund Deutschland
Prof. Dr. Wolfgang Engelhardt Präsident des Deutschen Naturschutzringes Bundesverband für Umweltschutz e. V.	Dr. Manfred Niekisch Deutscher Naturschutzring Bundesverband für Umweltschutz e. V.
Staatssekretär a. D. Konrad Schubach Präsident des Verbandes Deutscher Gebirgs- und Wandervereine e. V.	Prof. Dr. Helmut Schönamsgruber Vizepräsident des Verbandes Dt. Gebirgs- u. Wandervereine Vertr.: Rektor a. D. Albert Lippert
Carola Stabe Bundesgeschäftsführerin der Grünen Liga e. V.	– selbst –
Dr. Hans Tiedeken Präsident des Deutschen Heimatbundes e. V.	– selbst –
Dipl.-Forstwirt Hubert Weinzierl Vorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V.	Arno Behlau Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. Vertr.: Joachim Spangenberg

Entwicklung

Nationales Komitee	Exekutivausschuß
Dr. Hansjörg Elshorst Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH	Dr. Matthias Weiter Leiter der Grundsatzabteilung der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammen- arbeit GmbH
Prof. Dr. Hans-Rimbert Hemmer Kurator der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung	Dr. Erhard Krüsken Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung
Prälat Norbert Herkenrath Hauptgeschäftsführer des Bischöflichen Hilfswerkes Misereor e. V.	Dr. Reinhard Hermle Bischöfliches Hilfswerk Misereor e. V.

Wissenschaft und Forschung

Nationales Komitee	Exekutivausschuß
Prof. Dr. Hubert Markl Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft	Prof. Dr. Horst Hagedorn Institut für Geographie der Universität am Hubland/Würzburg

Industrie und Handel

Nationales Komitee	Exekutivausschuß
Dipl.-Ing. Hans Peter Stihl Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages	Dr. Kurt Fleckenstein Deutscher Industrie- und Handelstag
Heinrich Weiss Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V.	Bernd Dittmann Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. – Umweltabteilung –

Gewerkschaften

Nationales Komitee	Exekutivausschuß
Roland Issen Vorsitzender des Bundesvorstandes der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft	Ursula Konitzer Bundesvorstand der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft
Heinz-Werner Meyer Vorsitzender des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes	Dr. W. Schneider Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Kirchen

Nationales Komitee	Exekutivausschuß
Bischof Dr. Martin Kruse Vorsitzender der evangelischen Kirche in Deutschland	Pfarrer Prof. Dr. Kurt Oeser Beauftragter des Rates der EKD für Umwelt- fragen
Bischof Prof. Dr. Dr. Karl Lehmann Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz	Heiner Lendermann Kommissariat der Deutschen Bischöfe

Landwirtschaft

Nationales Komitee	Exekutivausschuß
Constantin Frhr. Heereman von Zuydtwyck Präsident des Deutschen Bauernverbandes e. V.	Prof. Dr. M. Zurek Deutscher Bauernverband e. V. Vertr.: Dr. Klaus-Martin Lotz

Frauen

Nationales Komitee	Exekutivausschuß
Brunhilde Fabricius Vorsitzende des Deutschen Frauenrates	– selbst –

Jugend

Nationales Komitee	Exekutivausschuß
Roland Klapprodt Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendringes	Ronald Berthelmann Geschäftsführer des Bundesjugendringes

II. Bund, Länder und Kommunen

Nationales Komitee	Exekutivausschuß
Prof. Dr. Klaus Töpfer Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	MDg Prof. Dr. Ansgar Otto Vogel Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Hans Peter Repnik Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundes- minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	MR Dr. Hans-Peter Schipulle Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Dr. Peter Gauweiler Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen des Freistaates Bayern	MDg Prof. Dr. Josef Vogl Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen des Freistaates Bayern
Klaus Matthiesen Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen	MR P.W. Schneider Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein- Westfalen
Dr. h.c. Manfred Rommel Präsident des Deutschen Städtetages	Hauptreferent Dr. Klaus P. Fiedler

III. Einzelpersonlichkeiten

Nationales Komitee	Exekutivausschuß
Gerhart R. Baum Mitglied des Deutschen Bundestages	MR Dr. Heinz-Jörg Borkenstein Arbeitskreis IV der F.D.P.-Fraktion
Pfarrer Dr. Hans-Peter Gensichen	– selbst –
Dr. Andreas Grasmüller Präsident des Deutschen Tierschutzbundes e. V.	– selbst – Vertr.: Frau Dr. Rusche
Ministerialdirektor a. D. Egon Herfeldt	Wolfgang Burhenne Koordinator des Deutschen UNEP-Komitees
Dr. Heinrich Freiherr von Lersner Präsident des Umweltbundesamtes	– selbst – Vertr.: Dr. Troge
Dr. Klaus W. Lippold Mitglied des Deutschen Bundestages	– selbst –
Harald B. Schäfer Mitglied des Deutschen Bundestages	Franz-Josef Lersch-Mense Referent der SPD-Bundestagsfraktion im AK „Ökologische Erneuerung“ Vetr.: Inge Stehr
Bernd Schmidbauer Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	– selbst – Vertr.: Dr. Christian Ruck
Prof. Dr. Karl-Hermann Steinberg Universität Leipzig	– selbst –
Prof. Dr. Hans-Willi Thoenes Sachverständigenrat für Umweltfragen	– selbst –
Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker Präsident des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt und Energie	Raimund Bleischwitz Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie

Stand: 25. Juli 1991

